

Der Briefetal-Bote erscheint
Dienstag, Donnerstag, Sonn-
abend und Sonntag. Der Be-
zugspreis beträgt monatlich
1,10 RM. zuzüglich Bestell-
gebühr. Die einzelne Nummer
kostet 10 Pf.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Ge-
schäftsstelle Birkenwerder
Bahnhofsallee 5, angenommen.
Die zwölfsgepaltene Millimeter-
zeile kostet 3 Pf., die
dreizehnpalt. Langzeile, Milli-
meterzeile 25 Pf.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen
Neuendorf, Borgsdorf,
Briese, Lehnitz, Stolpe



für Bergfelde, Schönfließ
Frohnau, Summt
und Umgegend

Bereinig mit Bergfelder Zeitung, Lehnitzer Zeitung, Hohen Neuendorfer Zeitung

Kr. 20 Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005 Dienstag, den 4. Februar 1936 Postcheckkonto: Berlin 86413 35. Jahrg.

Arbeiter und Bauer

Von Sonnabend bis Montag

Auflösung der Erlanger Studenten-Verbindungen.
Wie der N.S.D.-Studentenbund Erlangen mitteilt, haben sich auf Grund der Entscheidung der N.S.D.F. folgende Erlanger Verbindungen mit Wirkung vom 31. Januar 1936 aufgelöst: Corps Baruthia, Burschenschaft Bubenruthia, Burschenschaft Germania, Turnerschaft Palatia, Uttenruthia, Corps Bavaria, Fridericiana, Corps Guelfia, Landsmannschaft Saxo-Guelfia und Christliche Verbindung Binoli.

Gefuche der Beurteilten des Memelländer Prozesses.
Sämtliche noch in Haft befindlichen Beurteilten des großen Memelländer Prozesses haben aus Anlaß des bevorstehenden litauischen Unabhängigkeitstages am 6. Februar an den Staatspräsidenten Gefuche um Erlass der Strafe auf dem Gnadenwege gerichtet. In den Eingaben wird auch unter Berufung auf Paragraph 82 der litauischen Verfassung um Rückgabe der vom Kriegsgericht aberkannten bürgerlichen Ehrenrechte und Aufhebung der Vermögensbeschlagnahme gebeten.

Vormilitärische Jugendzuehung in Oesterreich.
Wie die „Reichspost“ mitteilt, steht das Ergehen einer Ministerialverordnung über vormilitärische Jugendzuehung in Oesterreich unmittelbar bevor. Darnach werden alle Hochschul- und Berufsschüler verpflichtet sein, an vormilitärischen Übungen teilzunehmen, die ein ganzes Jahr dauern und mit zwei Wochenstunden festgelegt sind. Ausgenommen von diesen Übungen sind nur die Studenten der Theologischen Fakultät und jene, die bereits ihr Militärljahr abgeleistet haben.

Zum Tode verurteilte Südtiroler begnadigt.
Wie gemeldet, hat der Kassationshof in Rom die gegen die beiden Südtiroler Paul Hofer und Hans Gussler wegen der Ermordung eines Finanzjohannes auf der Planhütte verhängten Todesurteile bestätigt, wodurch die Urteile endgültig Rechtskraft erhalten haben. Nimmehr hat der König von Italien den eingebrachten Gnaden Gesuchen stattgegeben und die beiden Todesstrafen in lebenslängliche Zuchthausstrafen umgewandelt.

Amerika benötigt Geld.
Präsident Roosevelt gab auf einer Pressekonferenz bekannt, daß auf der Kongregtagung die Steuererhebung erörtert werden muß. Die Führer der Demokraten hätten diese Auseinandersetzung im Wahljahr gern vermieden. Dies ist jedoch unmöglich, wenn der Kongreß die Unterstützungen für die Landwirtschaft bewilligt, aber die erforderlichen Mittel nach der Entscheidung des Obersten Bundesgerichts nicht mehr aus den Verarbeitungssteuern bezahlte werden dürfen. Es müssen Erlagsteuern gefunden werden. Ebenso müssen die vermehrten Ausgaben für die Veteranen gedeckt werden. Diese haben sich betänlichlich durch die Bewilligung der Bonusvorlage um zwei Milliarden Dollar erhöht.

Räntelpinner Litwinow

Politisches Wogenende in Paris.
Paris erlebte aus Anlaß des Durchreisepausenhaltens zahlreicher Staatsoberhäupter und Außenminister Ost- und Südosteuropas ein hochdiplomatisches Wogenende. Aus dem Widerhall, den die vielfachen Besprechungen mit dem französischen Ministerpräsidenten und mit dem französischen Außenminister in der Presse finden, läßt sich mühelos erkennen, daß die französische Diplomatie mit größtem Eifer die Gelegenheit des Besuchs der Londoner Trauergäste ergreift, um ihre befannten Ost- und Mitteleuropa-Pläne der Bewirklichung näherzubringen. Man spricht bereits ganz offen davon, daß der Donaupakt bereits in der Luft liegt. Allerdings fehlt es auch nicht nach den angestrengten Bemühungen Litwinows an warnenden Stimmen, vor allem, soweit Sowjetrußland in Frage kommt.

„Le Jour“ bezeichnet kurzerhand Litwinows Vorgehen in Paris als eine Art Erpressung. In London habe Litwinow ebenfalls Ränke gesponnen, indem er das alte Lied des zaristischen Politik von der gelben Gefahr und von den gemeinsamen Interessen Englands und Sowjetrußlands im Fernen Osten gelungen habe.

Auch der „Ami du Peuple“ fragt sich besorgt, ob Moskau der Herr Frankreichs werden sollte. Die Politik der neuen französischen Regierung scheint zu sein: „Vor allem die Sowjets“, und unglücklicherweise ist zu befürchten, daß England, anstatt Frankreich von dieser tiefen Ebene zurückzuhalten, es sogar auf diesem Wege vorwärtsstöße.

Der „Excelsior“ erklärt, Litwinow scheint es gelungen zu sein, einen großen Teil der britischen öffentlichen Meinung von dem im wesentlichen konservativen Charakter der sowjetrußischen Außenpolitik zu überzeugen (?). Es sei aber möglich, daß Moskau demnächst die Unterstützung seiner Regierung und seiner Nachmittels zur Organisierung der Sicherheit in Mittel- und Osteuropa anbieten werde (1).

Helden des Alltags

Erinnerungsfeier des Reichsbundes der Inhaber der Rettungsmedaille.
Anläßlich der Wiederkehr des Stiftungstages der Rettungsmedaille beging der Reichsbund der Inhaber der Rettungsmedaille, der unter der Schirmherrschaft des preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring steht, in Berlin eine Erinnerungsfeier.

Nach gemeinsamem Gottesdienst im Dom markierten die Helden des Alltags zum Dertmal Friedrich Wilhelm III., des Stifters der Rettungsmedaille. Der Reichsführer des Bundes, Hoppe, legte einen Kranz nieder und hielt eine kurze Ansprache. Anschließend begaben sich die Teilnehmer zur Kranzniederlegung zum Ehrenmal. Zu der Feier waren Bundesmitglieder aus dem ganzen Reich, aus Heßen, Württemberg, Dresden und Thüringen in der Reichshauptstadt eingetroffen.

Von Ministerpräsident Hermann Göring ging ein Telegramm ein, in dem er dem Reichsbund kameradschaftliche Grüße und beste Wünsche zum Ausdruck bringt.

Englands ungeheure Aufrüstung

„Das gewaltigste Aufrüstungsprogramm, das jemals vorgelegt worden ist.“

London, 3. Februar.

Die Betrachtungen der Londoner Presse stehen völlig im Zeichen der bevorstehenden Unterhausausprache über die Aufrüstung Englands zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Der politische Mitarbeiter der Zeitung „People“ nennt die Pläne der Regierung das gewaltigste Aufrüstungsprogramm, das jemals in Friedenszeiten dem Unterhause vorgelegt worden sei. Das Blatt glaubt, daß die für die Ausgabenbedeutung

erforderlichen Gelder rund 300 Millionen Pfund

betragen werden, von denen ein Teil durch öffentliche Anleihe und der Rest durch Schatzanweisungen aufgebracht werden soll. Zwei Drittel dieses Betrages, also rund 200 Millionen Pfund, sollen nach einem sich über sechs Jahre erstreckenden Bauprogramm für die Erstellung neuer Kriegsschiffe vermandt werden.

Dieses Schiffsauprogramm werde folgende Fahrzeuge umfassen: 11 Großkampfschiffe, 36 Kreuzer, 120 Zerstörer, 30 U-Boote und drei Flugzeugmutterchiffe. Die Kosten für die Schachschiffe werden auf 7,5 Millionen Pfund veranschlagt, für einen Teil der Kreuzer auf je 3 Millionen Pfund, während die Flugzeugmutterchiffe zwischen 2,5 und 3 Millionen Pfund kosten werden.

Auch das Bauprogramm für die britischen Luftstreitkräfte soll sich über einen Zeitraum von sechs Jahren erstrecken und 12 000 neue Flugzeuge umfassen. Ferner ist der genannten Zeitung zufolge die Anlage von 30 weiteren Flughäfen geplant.

Für die Armee wird alljährlich ein zusätzlicher Betrag von vier Millionen Pfund ausgeworfen, der vornehmlich für die Beschaffung von Tanks und Panzerwagen vermandt werden soll. Darüber hinaus sollen Gelder bereitgestellt werden für Besetzungsarbeiten in Gibraltar, in Singapur, am Suez-Kanal und in der Südie. In Malta soll ein großer Flugzeugstützpunkt eingerichtet werden. Außerdem ist die Anlage von Militärflugplätzen in Indien und Australien geplant.

„Am Rande großer Ereignisse“

Entschiedene italienische Stellungnahme zur Frage der Delpferre.

Rom, 3. Februar.

Mussolini sprach vor dem Großen Faschistischen Rat über die gegenwärtige politische und militärische Lage. Schließlich wurde die Sitzung auf Dienstag, 22 Uhr, vertagt. Allgemein erwartet man eine wichtige Kundgebung zur Frage der Delpferre.

In einem halbamtlichen Kommentar des Sonntagsblattes „Voce d'Italia“ zu dem Appell an die akademische Jugend Europas heißt es, aus einer Verschärfung der Sanktionen werde mit einer Verstärkung der Abwehrgeantwort, und den Waffen würden die Waffen entgegenge stellt werden. Diese wahnwichtige, aber nicht unmögliche Eventualität müsse ruhig ins Auge gefaßt werden. Die Welt stehe am Rande großer Ereignisse.

Reichsleiter Rosenberg über die neue Arbeitsfähigkeit.

Reichsleiter Alfred Rosenberg weilt am Sonnabend in Dortmund, das im Flaggenschmud prangte. Im alten Rathaus am Markt hieß Oberbürgermeister Dr. Banitz den Reichsleiter herzlich willkommen. Er dankte ihm für seine Bereitwilligkeit, zu den Besichtigungen der Dortmunder Großindustriebetriebe zu sprechen.

Alfred Rosenberg dankte für den herzlichen Empfang. Er und der Dichter und Präsident der Reichschrifttumskammer, Hanns Johst, trugen sich darauf in das Goldene Buch der Stadt Dortmund ein. Anschließend begab sich der Reichsleiter im Kraftwagen zum Eisenwerk Hoelch, wo sich inzwischen die Besatzungsbesitzer in Stärke von vielen Tausenden eingefunden hatten. Die Kundgebung wurde in vier weitere Dortmunder Großindustriebetriebe übertragen, so daß rund 50 000 Arbeiter der Stirn und der Faust Zeugen eines eindrucksvollen Ereignisses wurden.

Bei seinem Eintreffen in der Halle, die bis auf den letzten Platz besetzt war, wurde Reichsleiter Rosenberg mit stürmischen Heulrufen empfangen. Nach dem Einmarsch der Fahnen aller Gliederungen der Partei eröffnete Bauwaller Stein-Bochum die Kundgebung mit einer kurzen Ansprache. Dann nahm Reichsleiter Rosenberg das Wort zu einer einstuündigen, oft von stürmischem Beifall unterbrochenen Rede.

Reichsleiter Rosenberg

ging in seiner Rede vom Begriff der Kameradschaft aus. Auf Interessen einer Gruppe könne kein dauerhafter Staat errichtet werden. Wir wollen keinen Feudalismus, keinen konfessionellen Staat mit mittelalterlicher Form und keinen Klassenstaat, sondern einen Volksstaat unter politischen Führern, die an keiner dieser Gruppen persönlich interessiert sind.

„Wenn der deutsche Arbeiter nach schwersten Kriegen heute noch kein Brot bekommen, so verdamme er das Unermüdlichkeit des deutschen Bauerntums, und umgekehrt, wenn der deutsche Bauer heute ungeföhrt durch bolschewistische Lehren die Erde pflügen könne, so verdamme er auch das dem Blutsoffer deutscher Arbeiter.“

Der Redner ging dann zu den marxistischen Experimenten in Sowjetrußland über. Ihre Durchführung habe in gerabegte vernichtender Weise auf die angeblich herrschende Arbeiterklasse zurückgewirkt. Nach marxistischer Doktrin seien die Bauern geknechtet und vernichtet worden. Das aber habe nicht dem Proletariat Glück gegeben, sondern ihm nur den Hungertod beschert. Die Gegenaktion gegen die revolutionären Bauern stelle die blutigste Tyrannei der Weltgeschichte dar. Es sei gerabegte grotesk, daß rund 17 Jahre nach der bolschewistischen Revolution die Sowjetzeitungen als größte Ergrungenerschaft den teilweise freigestellten Brotverkauf in Sowjetrußland als eine ungeheuerliche soziale Leistung propagierten.

Der Marxismus habe früher das Antreiberystem bekämpft. Heute sei aber in der sogenannten Stachanow-Bewegung in Sowjetrußland unter Herauslösung einiger heldischer Männer ein Sklavenystem und eine Zwangsarbeit der unterernährten russischen Arbeitererschaft zu verzeichnen. Die gesamte marxistische Bewegung habe sich sowohl theoretisch wie praktisch als ein Arbeiterverrat weltgeschichtlichen Maßstabes erwiesen.

Für Deutschland sei das Jahr 1933 ein entscheidendes geschichtliches Datum, weil hier mit diesem Arbeitererrat ein Ende gemacht wurde. Heute begreife jeder tiefer denkende deutsche Arbeiter, daß eine soziale Freiheit nur möglich sei, wenn ein Volk außenpolitisch frei ist, und außenpolitisch frei kann es nur sein, wenn es sich auf eigene Macht stützt und bereit ist, diese politische und soziale Freiheit zu verteidigen.

Darf der nationalsozialistische Bewegung sei eine neue Arbeitsfähigkeit auf dem Marische durch Anerkennung der sozialen Ehre des deutschen Arbeiters. Die Anschauung, als ob die Ehre im Vorderhaus eine andere sei als in hinterhaus, müsse ein für allemal überwunden werden. Der Deutsche Arbeitsdienst sei die praktische Betätigung dieser theoretischen Einsicht.

Der Präsident der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft und der Deutschen Kolonialgesellschaft, Gouverneur i. R. Dr. h. c. Sähne, M. d. R., begehrt am 4. Februar seinen 65. Geburtstag. Gouverneur Sähne war nach langer Tätigkeit in Uebersee und im Reichsfotoliamal 1912-1919 Gouverneur von Deutsch-Ostfrita.